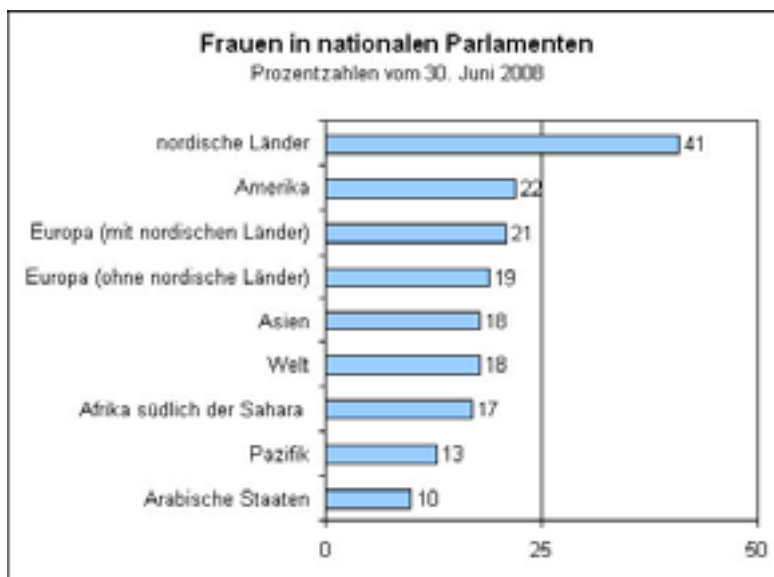


## Frauen und Demokratie

Frauen haben sich schon immer sehr für die Demokratie eingesetzt: Von ihrem heldenhaften Einsatz für das Frauenwahlrecht bis hin zu ihren derzeitigen gemeinsamen Bemühungen, durch Quoten und Restriktionen die Anzahl weiblicher Regierungsvertreter weltweit zu erhöhen. Sie haben erkannt, dass das aktive Mitwirken an der Politik das wichtigste Mittel ist, um ihre Interessen zu vertreten und diese auch in sozialverträgliche und nachhaltige Politik umzusetzen. Wenn Frauen Demokratie brauchen, dann braucht auch die Demokratie Frauen.

Die überaus geringe Anzahl von Frauen in öffentlichen Ämtern, die weltweit in den nationalen Parlamenten zurzeit im Durchschnitt lediglich 16,7 Prozent beträgt, muss dringend steigen. Durch eine verstärkte Beteiligung von Frauen an einer demokratischen Staatsführung – auf lokaler, regionaler, sowie nationaler Ebene – wird die Zusammensetzung der politischen Gremien abwechslungsreicher. Dies ermöglicht öffentliche Entscheidungen, die auf jene Bedürfnisse der Bürger eingehen, die in der Vergangenheit vielleicht vernachlässigt wurden.

### Wahlen und die wichtige Teilnahme von Frauen an der Politik



Quelle: Interparlamentarische Union

Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM) unterstützt weltweite Anstrengungen, um die Zahl von Frauen in öffentlichen Ämtern zu erhöhen. UNIFEM versucht außerdem, die Kompetenzen von Frauen als effektive Gesetzgeber zu stärken, sobald sie gewählt wurden. Um die Gleichberechtigung bei der Teilnahme am politischen Geschehen sicherzustellen, genügt es nicht, das quantitative Zahlenverhältnis zwischen Frauen und Männern innerhalb eines Wahljahres zu verbessern. Deshalb unterstützt UNIFEM Initiativen, um die politischen Kompetenzen von Frauen auch vor und nach Wahlen zu stärken.

Während einer Wahl arbeitet UNIFEM daran, die Fähigkeiten der Kandidatinnen zu stärken. UNIFEM versucht außerdem innerhalb wichtiger Institutionen, wie den Wahlkommissionen und den Medien, eine geschlechter-spezifische Herangehensweise während der Wahlen zu fördern. Bei den Wahlen im Jahre 2007 in Sierra Leone beispielsweise, unterstützte UNIFEM Organisationen, die sicherstellten, dass der Verhaltenskodex für Medien während der Wahlen eine starke Anti-Diskriminierungskomponente beinhaltet. Dies sollte sicherstellen, dass über weibliche Kandidaten ebenso häufig und in gleicher Qualität in den Medien berichtet wird, wie über ihre männlichen Kontrahenten. UNIFEM hat auch intensiv bei künftigen oder früheren Wahlen in Burundi, Kambodscha, Kenia, Nigeria und Sierra Leone mitgearbeitet.

Vor den Wahlen arbeitet UNIFEM mit Parteien zusammen und fördert die Kandidatur von Frauen. UNIFEM unterstützt außerdem politische Parteien, die nationale Gleichberechtigung in ihr

Wahlprogramm aufzunehmen. Darüber hinaus wird die Nominierung von Befürwortern der Gleichberechtigung unterstützt. Nach den Wahlen bestärkt UNIFEM die Wähler bei ihren Forderungen an die Politiker, bei allen Entscheidungen die Gleichberechtigung zu beachten. Dieser Ansatz wird momentan zum ersten Mal in Nepal und Kenia umgesetzt. Hier verfolgen und bewerten Gruppen von *Women's Election Watch* die politischen Leistungen von Politikern.

### **Gleichheit in den Wahlkreisen und staatliches Bildungswesen**

Damit Frauen effektiv am politischen Prozess teilnehmen können, muss in den Wahlkreisen Geschlechtergleichheit herrschen. Aus diesem Grund hat UNIFEM in Kambodscha, Haiti, Nepal und Nigeria Initiativen unterstützt, die landesweit vereinbarte politische Ziele für die Gleichberechtigung der Geschlechter erreichen wollen. Diese Initiativen fördern außerdem die Verbreitung angemessener Informationen für die Wähler über dieses Thema und bewerten Parteiprogramme im Hinblick auf Gleichberechtigung. UNIFEM hat mit Ministerien für Frauenangelegenheiten in Afghanistan, Algerien, Argentinien, Kolumbien, in der Demokratischen Republik Kongo, in Ecuador, Jamaika, Montenegro, Marokko, Paraguay, Serbien, Südafrika, Uruguay, Venezuela, Zimbabwe und in den besetzten palästinensischen Gebieten zusammengearbeitet. Dabei sollten Unklarheiten über die Rolle dieser Ministerien und über unangemessene Personalbesetzung und Ressourcen beseitigt werden.

### **Demokratische Regierungsführung und Rechenschaftspflicht**

UNIFEM unterstützt außerdem verschiedene Projekte, um die geschlechtssensible demokratische Regierungsführung und die Rechenschaftspflicht gegenüber Frauen zu verbessern. In Argentinien beispielsweise arbeitet UNIFEM zusammen mit der Stiftung *Fundación Mujeres en Inigualdad* (unterstützt durch den United Nations Democracy Fund) an einem Projekt, das Frauen dazu motivieren soll, Transparenz und das staatsbürgerliche Recht auf den Zugang zu Informationen zu fördern. UNIFEM arbeitet in diesem Jahr auch mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Nichtregierungsorganisation *Gender at Work* zusammen, um eine Fünf-Jahres-Initiative zu entwickeln. Ausgehend von den Möglichkeiten, die Frauen haben, öffentliche Dienste in Anspruch zu nehmen, soll die Qualität der Regierungsführung verbessert werden. Außerdem fordern sie Rechenschaft für schlechte oder nicht erbrachte Dienstleistungen. Das Programm wird in sechs bis zehn Ländern umgesetzt werden.

### **Geschlechtssensible Gesetzgebung und Politik**

UNIFEM möchte den sich entwickelnden Demokratien bei der Einführung von geschlechtssensiblen Gesetzen und Regelungen helfen, die sich in erster Linie mit Gleichberechtigung bei Fragen der Gesetzgebung, Regierungsführung, Gewalt gegen Frauen sowie Gesundheit und Armut beschäftigen. Außerdem möchte die Organisation diese Länder beraten und unterstützen. UNIFEM schenkt der Beseitigung von diskriminierenden Vorschriften bei bereits bestehenden Gesetzen und Richtlinien besondere Aufmerksamkeit. Außerdem wird auf die Einbeziehung von Vorschriften zur Gleichberechtigung geachtet, wie es in dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen (CEDAW) vorgesehen ist.

Im Jahr 2006 unterstützte UNIFEM den Vorschlag, dass in den neuen Verfassungen in Bolivien, im Irak, in Montenegro und Thailand sowie in den Übergangsverfassungen in Nepal und im Sudan Gleichberechtigungsklauseln enthalten sein sollten. UNIFEM unterstützte außerdem die Abschaffung von diskriminierenden Vorschriften in der Gesetzgebung von Burundi, Ecuador, Liberia und Nepal und lieferte zudem technische und finanzielle Unterstützung um Frauenrechte und Gleichberechtigungsgesetze in anderen Ländern zu stärken. Einige wichtige Veränderungen, die dabei erzielt wurden, sind die Kriminalisierung jeglicher Form von sexueller Belästigung, die Einführung des Erbrechts in Nepal für Töchter, wenn es um familieneigenes Land geht und die Abschaffung von diskriminierenden Vorschriften in der Aids-Gesetzgebung in Ecuador.

## **Die Beteiligung von Frauen bei der Friedenskonsolidierung**

UNIFEM möchte die Teilnahme von Frauen an Friedensverhandlungen und bei der Friedenskonsolidierung sicherstellen. Außerdem sollen die Bedürfnisse von Frauen in Notfallsituationen, beim Wiederaufbau, in Zeiten des Aufschwungs und bei der Friedenssicherung in Nachkriegsländern und gefährdeten Staaten einbezogen werden. Zu den zentralen Bereichen gehört dabei die Unterstützung im Wahlprozess und die Identifizierung und Unterstützung praktischer und wirksamer Formen des Schutzes von Frauen in Konfliktsituationen.

In Burundi hat UNIFEM nicht nur dafür gesorgt, dass Frauen als Beobachter am Arusha-Abkommen teilnehmen konnten, sondern gewährleistete anschließend auch, dass in der Verfassung eine Quote für weibliche Beteiligung in der Politik festgelegt wurde. Im Sudan unterstützte UNIFEM den Zugang von Frauen zu Erst- und Drittgebertvereinigungen, damit die Ansichten der Frauen bei der Umsetzung des umfassenden Friedensabkommens miteinbezogen wurden. In Liberia beeinflusste UNIFEM die Wählerregistrierung von Frauen, indem Organisationen unterstützt wurden, die Transportmöglichkeiten für diejenigen zur Verfügung stellten, die weit weg von Wahllokalen lebten oder sich aus anderen Gründen nicht registrieren konnten.

## **Geschlechterfragen und Rechenschaftspflicht: Wer antwortet den Frauen?**

Der alle zwei Jahre erscheinende UNIFEM-Bericht, *Progress of the World's Women*, wird Mitte September 2008 veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht ein zentrales Thema für jede Demokratie: die Rechenschaftspflicht. In seiner Grundstruktur zeigt der Bericht, wie geschlechtsspezifische Voreingenommenheit die Funktion aufsichtsführender Institutionen verfälscht und so eine echte Haftungspflicht im Falle eines Missbrauchs von Frauenrechten verhindert. Der Bericht legt einen Zeitplan für institutionelle Reformen fest, um Rechenschaft gegenüber Frauen in den Bereichen politische Konkurrenz, wirtschaftliche Vorgänge, richterliche Bewertungen, Dienstleistungen und der Gestaltung und Förderung internationaler Hilfe zu sichern. Der Bericht zeigt, dass Frauen auf der ganzen Welt unser Verständnis von demokratischer Verantwortung und Rechenschaft verändert haben.

\* \* \* \* \*